

PM – Schulabschluss und Kommunikation

Unsere Kinder brauchen ein Perspektive und Sicherheiten!

Corona wird uns alle, soweit absehbar, auch in den kommenden Monaten herausfordern. Doch wir möchten unseren Kindern Hoffnung, eine Perspektive und Sicherheit in dieser Zeit und danach geben. Besonders berücksichtigt werden müssen auch die finanziellen und sozialen Unterschiede in der Gesellschaft, insbesondere der Familien. Es darf nicht zu noch größeren sozialen Verwerfungen kommen!

Deshalb bitten wir die Landesregierung und das Ministerium für Schule und Bildung, trotz aller schon großen geleisteten Kraftanstrengungen, nun dringlich weitere Klarheiten zu schaffen.

Gegen Ende des Schuljahres stehen viele Abschlussprüfungen in allen Schulformen an: Nach der Klasse 10, das Abitur und andere Fach-Abschlüsse. In den Berufskollegs und Berufsschulen geht es zusätzlich um die Abschlüsse der Auszubildenden, die zum Teil auch praktische Prüfungen beinhalten.

Den Schüler*innen müssen die Abschlüsse in diesem Schuljahr ermöglicht werden, damit diese sich für eine Anschlussausbildung bewerben können, sei es für ein Ausbildungsplatz oder ein Studienplatz. Andernfalls geht ein Ausbildungsjahr verloren! Aus diesem Grund müssen die Termine für die Abschlussprüfungen schnellstmöglich, noch vor Ostern, terminiert werden, wenn sie denn stattfinden sollen. Schüler*innen können nicht unbefristet Lernen, sondern brauchen ein Ziel. Sollte sich das Ministerium für eine andere Art der Abschlüsse ohne Durchführung der Abschluss-Prüfungen entscheiden, wie bei der KMK diskutiert, muss das auch dringlich bekannt gegeben werden.

Hierbei wären bundesweit einheitliche Entscheidungen wünschenswert. Es darf nicht sein, dass einige Bundesländer die Prüfungen wie gehabt durchführen und andere Schüler*innen anderer Bundesländer dann bei Einschreibungen oder Ausbildungen benachteiligt werden.

Für die Abschlussprüfungen müssen sich die Schüler*innen gut vorbereiten. Bisher wurden diese von den Lehrer*innen durch entsprechend angepassten Unterricht und zusätzliche Angebote unterstützt. Diese Möglichkeiten sind nun stark reduziert. Auch die Vorbereitung durch Heimarbeitsgruppen ist stark eingeschränkt. Die Kommunikation erfolgt über von Lehrer*innen bereitgestellte Arbeitsaufgaben die per Mail, per Post und/oder über Plattformen wie Logineo, Moodle etc. verschickt werden. Schüler*innen nutzen zum Austausch aber häufig Plattformen wie WhatsApp oder Skype. Die direkte Kommunikation zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen ist nicht gleich oder rechtlich einwandfrei geregelt. Auch die Nutzung von Lernplattformen bedarf nun einer dringlichen Klarstellung. Es darf aber auch die Situation von sozial schwachen Familien und solche mit Migrationshintergrund nicht vergessen werden. Diesen Schüler*innen stehen diese Möglichkeiten nicht uneingeschränkt zur Verfügung, ihnen fehlen häufig eigene Endgeräte. Lernen und Vorbereitung auf die anstehenden Abschlussprüfungen erfolgt nun unter nicht vergleichbaren Umständen. Den Schüler*innen dürfen daraus keine Nachteile entstehen.

Die Umstellung auf Home-School verlangt, dass via Erlass die Schulen in die rechtliche Lage versetzt werden alle Schüler*innen in zugelassenen Lernplattformen anzubinden. Dazu muss jeder Haushalt mit schulpflichtigen Kindern sofort einen Internetzugang erhalten, sofern nicht vorhanden. Alle Schüler*innen müssen ein geeignetes Endgerät zur Verfügung gestellt bekommen, falls nicht vorhanden z.B. als schulisches Leihgerät.

Die augenblickliche Situation zeigt uns allen nochmal deutlich, wo schon lange Schwächen im System liegen. Da ist die jahrelange Forderung der Elternverbände nach einer Vernetzungsstruktur für die Erreichbarkeit der Eltern, die nun schnellstmöglich per Erlasse hergestellt werden sollte, nur eine wichtige Entscheidung, die jetzt sofort angeordnet werden muss. Dazu muss verbindlich eingefordert werden, dass Eltern über E-Mail-Adressen, mindestens Telefonnummern erreichbar sein müssen, so dass ein Kontakt immer hergestellt werden kann. Die institutionelle Vernetzung ist nun unerlässlich.

Diese Anpassungen sind nicht nur wichtig, um weitere soziale Verwerfungen und Benachteiligungen zu verhindern, sondern muss als große Chance erkannt werden. Die große Herausforderung muss also lauten, wie binden wir alle Schüler*innen an, stellen eine Chancengleichheit her und entlasten dann auch wieder die Eltern bei ihrer Erziehungs- und Bildungsverantwortung.

Wir danken allen Lehrer*innen, die nun schon viel angestoßen haben und sich weiterhin um die Bildung unser Kinder bemühen. Geben Sie, als politisch Verantwortliche, nun unseren Kindern und den Schulen eine Perspektive und Sicherheit!

LEK-NRW Vorstand